HOMELAND SECURITY

NATIONALE SICHERHEIT UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

ISSN 1614-3523, 1-2015

Innere Sicherheit

Nach den Anschlägen in Paris: Sicherheit vs. Freiheit

S. 7

Krisenkommunikation

Bevölkerungsinformation und Krisenkommunikation per App

S. 25

Bevölkerungsschutz

Katastrophenereignisse besser beherrschbar machen

S. 33

www.homeland-sec.de

Nationale Sicherheit - Bevölkerungsschutz - Katastrophenhilfe

Vorsätzen müssen auch Taten folgen

BDSW fordert Politik zum Handeln auf

Zufahrtskontrolle
(Quelle: WISAG, Frankfurt)

Rückblickend auf die Pressekonferenz vom Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) zum Thema „Forderungen der Sicherheitswirtschaft – Notwendige Konsequenzen aus den Vorfällen in Flüchtlingsheimen“ im Dezember 2014 in Berlin sprach Homeland Security mit Hauptgeschäftsführer Dr. Harald Olschok.

Dr. Harald Olschok,
Hauptgeschäftsführer BDSW

Homeland: In drei nordrhein-westfälischen Flüchtlingsheimen sollen private Sicherheitsdienstmitarbeiter Asylbewerber misshandelt haben. BDSW-Präsident Gregor Lehnert forderte nach diesen Vorfällen die Politik zum Handeln auf. Das Gewerberecht sei für die Tätigkeit der privaten Sicherheitsdienste völlig ungeeignet: „Heute werden nicht nur Flüchtlingsheime, sondern zunehmend auch Schulen und Kindergärten, Universitäten, Wohnviertel, Jobcenter, Gerichte, Friedhöfe und sogar Kirchen durch private Sicherheitsdienste geschützt“. Wie erklären Sie sich das verstärkte Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit durch private Sicherheitsdienste?

Dr. Olschok: Das Schutz- und Sicherheitsbedürfnis gewinnt in der Bevölkerung eine immer größere Bedeutung. Offensichtlich sinkt auch die Hemmschwelle von körperlichen Angriffen auf Personen an Orten, wie z. B. Kirchen, bei denen dies bisher nicht üblich war. Gewalttaten in Schulen und Kindergärten, Vergewaltigungsversuche an Studentinnen auf dunklen Universitätsgeländen, Übergriffe von Antragsstellern in Jobcentern, Gewaltexzesse von Angeklagten in Gerichten oder gar Angriffe auf ältere Damen auf Friedhöfen, werden von vielen Medien – leider – begierig aufgegriffen. Dadurch sind die Verantwortlichen dieser genannten Institutionen zwingend zum Handeln aufgefordert. Häufig nehmen sich

Nach den Anschlägen in Paris

Sicherheit vs. Freiheit: Welche Polizeiarbeit wollen wir?

Nach den Anschlägen in Paris kreist die Diskussion um Antiterrormaßnahmen und die Frage: „Wie schaffen wir ein möglichst hohes Maß an Sicherheit, ohne unsere Freiheit aufzugeben?“ Die Forderungen reichen von einer besser ausgestatteten Polizei über mehr Personal für die Sicherheitsbehörden bis zur Vorratsdatenspeicherung und der Sammlung der Daten aller Fluggäste – aber welche Maßnahmen sind wirklich sinnvoll und geeignet?

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt die Forderungen der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms und des Grünen-Fraktionschefs im Bundestag, Anton Hofreiter, den Personalabbau der Polizei zu stoppen und stattdessen mehr Personal einzustellen. Homeland Security sprach mit Jan Philipp Albrecht, innen- und justizpolitischer Sprecher der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europäischen Parlament.

Homeland: Herr Albrecht, wie muss sich Ihrer Meinung nach die Polizeiarbeit in Deutschland und Europa verändern, um der angespannten Sicherheitslage nach den Anschlägen in Paris entgegenwirken und um der Bevölkerung wieder mehr Sicherheit bieten zu können?

Albrecht: Was wir brauchen, ist eine Reaktion, die darauf gerichtet ist, die Fehler der vergangenen Jahre wieder gut zu machen. Die Innenminister haben sehr, sehr viel Geld in den Aufbau von großen Datenspeicherungen und in technische Überwachungsmaßnahmen investiert und dabei vernachlässigt, genauso in die Ausstattung von Polizeibehörden vor Ort und in die Koordinierung von Polizeibehörden auf überstaatlicher, also auch europäischer, Ebene zu investieren. Beides liegt derzeit relativ brach. Es gibt große Missstände, leider auch bei der Finanzierung gemeinsamer europäischer Ermittlungsteams – z. B. bei der europäischen Polizeibehörde Europol. Wir brauchen endlich wieder eine Re-Fokussierung auf die Ausstattung der Polizeibehörden und auf die Möglichkeiten, sich gemeinsam zu organisieren.

Homeland: In Deutschland sind in den vergangenen 15 Jahren 16.000 Stellen bei der Polizei weggefallen. Wie sind die Forderungen der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europaparlament, Rebecca Harms, und des Grünen-Fraktionschefs im Bundestag, Anton Hofreiter, zu realisieren, den Personalabbau der Polizei zu stoppen und stattdessen mehr Personal einzustellen? Wie sehen Ihre Vorschläge aus?

Albrecht: Ich will, dass weniger Geld auf europäischer Ebene und auch auf Bundesebene für umfassende Datenspeicherungs- und Überwachungsmaßnahmen ausgegeben wird. Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung kosten mehrere Hundert Millionen Euro. Das Geld hier auszugeben, ist der falsche Weg, denn es wird nachher für die Ausstattung von Polizei- und Sicherheitsbehörden in den Ländern und insbesondere vor Ort fehlen. Gerade bei knappen Kassen muss man sich

Jan Philipp Albrecht, innen- und justizpolitischer Sprecher der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europäischen Parlament (Quelle: Europäisches Parlament, 2015)

Terrorfahndung führt Personalmisere der Polizei vor Augen

Aus den gesetzlichen Aufgabenbereichen: Bereitschaftspolizeilicher Einsatz (Bildquelle: Bundespolizei)

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt die Forderungen der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis/90 Die Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms, und des Grünen-Fraktionschefs im Bundestag, Anton Hofreiter, den Personalabbau der Polizei zu stoppen und stattdessen mehr Personal einzustellen. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Wir sind erfreut, die eher polizeikritische Partei in einer Frage an unserer Seite zu haben, die uns seit Jahren bewegt. 16.000 Stellen sind bei der Polizei in den vergangenen 15 Jahren in Deutschland weggefallen. Das ist die Größenordnung der gesamten Berliner Polizei."

Die angespannte Sicherheitslage nach den Anschlägen von Paris, so der GdP-Vorsitzende, habe deutlich gemacht, dass die Polizei nicht nur bei der Beobachtung des islamistisch-terroristischen Personenpotenzials an ihre Grenzen gelangt ist. Malchow: „Der Schutz gefährdeter Personen und Objekte, die fieberhafte Suche nach weiteren Terrorzellen und Hintermännern, die Aufdeckung von Finanzströmen und Waffenlieferungen, zeigt nach den aktuellen Attentaten das gesamte Ausmaß der polizeilichen Bemühungen, solchen Plänen auf die Spur zu kommen. Das ist zurzeit die vielleicht wichtigste, aber auch nur eine Aufgabe aus dem gesamten Auf-tragskatalog der Polizei."

Insbesondere die Ermittlungsbereiche und die polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum litten seit Jahren, so die GdP, unter der Personalmisere. Die Europapolitikerin Harms, so der GdP-Vorsitzende, habe es auf den Punkt gebracht, wenn sie deutlich mache, dass mehr Polizeibeamte in den Quartieren gebraucht werden, die sich auskennen, die mit Informationen umgehen können, die bekannt sind, die Ansprechpartner sein können auch für z. B. Muslime, die sich Sorgen machten. Malchow: „Das gilt insbesondere auch für Deutschland."

Bereits im September 2014 warnte

Private Sicherheitsdienste sind unverzichtbar für die Innere Sicherheit

Notwendigkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Polizei

Wach- und Patrouillendienste vor Ort

Im Rahmen der BDSW-Pressekonferenz zum Thema „Forderungen der Sicherheitswirtschaft – Notwendige Konsequenzen aus den Vorfällen in Flüchtlingsheimen“ am 10. Dezember 2014 forderte BDSW-Präsident Gregor Lehnert die Politik zum Handeln auf. Die skandalösen Vorfälle in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsheimen hätten gezeigt, dass das Gewerberecht für die Tätigkeit der privaten Sicherheitsdienste völlig ungeeignet sei: „Heute werden nicht nur Flüchtlingsheime, sondern zunehmend auch Schulen und Kindergärten, Universitäten, Wohnviertel, Jobcenter, Gerichte, Friedhöfe und sogar Kirchen durch private Sicherheitsdienste geschützt“.

Lehnert forderte eine Verschärfung der rechtlichen Grundlagen, angemessene Vergabekriterien und eine regelmäßige Zuverlässigkeitsprüfung aller Sicherheitskräfte. Nur so könne gewährleistet werden, dass seriöse und leistungsfähige Sicherheitsunternehmen diese schwierigen Aufgaben erfolgreich wahrnehmen und „Schwarze Schafe“ ausgegrenzt werden. Homeland Security sprach mit Jens Müller, COO Securitas Deutschland, über diese Thematik.

Jens Müller, COO Securitas Deutschland

Homeland: Wie schätzt Securitas die von BDSW-Präsident Lehnert genannten Forderungen ein und in welchem Maße ist Securitas an Einsätzen in Flüchtlingsheimen, Schulen und Kindergärten, Universitäten, Wohnvierteln, Jobcentern, Gerichten, auf Friedhöfen und in Kirchen beteiligt?

Düsseldorf und Gütersloh testen das Modulare Warnsystem

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Das Modulare Warnsystem (hinten im Bild) und die App (auf dem Smartphone) zur Warnung der Bevölkerung (Quelle: BBK)

In einem Pilottest erproben die Feuerwehrleitstellen in Düsseldorf und Gütersloh die Inbetriebnahme des Modularen Warnsystems (MoWaS). MoWaS dient zur Warnung der Bevölkerung und wird in NRW auf Ebene der kommunalen Leitstellen eingeführt.

Das Modulare Warnsystem ist seit 2013 in Betrieb. Es wurde vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) auf Basis des Satellitengestützten Warnsystems (SatWas) entwickelt und den Ländern für den Katastrophenschutz zur Verfügung gestellt. Warnmeldungen können bisher durch den Bund und die Innenministerien aller 16 Länder verschickt werden. MoWaS kombiniert dabei bedarfsgerecht eine wachsende Zahl verschiedener Warnmittel, um die Bevölkerung gezielt, schnell und wirksam zu warnen. Aktuell werden über MoWaS Gefahrenmeldungen insbesondere an Rundfunk- und Fernsehanstalten übermittelt. Darüber hinaus können über MoWaS Paging-Dienste oder zukünftig auch Sirenen ausgelöst werden.

Ein System, viele Wege zur Warnung der Bevölkerung

MoWaS integriert regionale Warnsysteme in eine bundesweit einheitliche Lösung zur Auslösung und Übertragung von Warnmeldungen in einem sicheren Netz. Über eine grafische Oberfläche kann ein Verantwortlicher in seinem Zuständigkeitsbereich die Region und die zu nutzenden Warnmittel auswählen, Warndurchsagen eingeben und dann per Satellit an den zentralen Warnserver übertragen. Dort werden über zentrale Regeln automatisch z. B. länderspezifische Anforderungen berücksichtigt. Die Warnung erreicht gezielt die Region und die relevanten Empfänger über die gewählten Endgeräte. In NRW soll MoWaS nicht nur auf Ebene des Innenministeriums eingesetzt werden, sondern auch durch die kommunalen bzw. integrierten Leitstellen.

App als ergänzendes Warnmedium

Als zusätzliche Möglichkeit zur Warnung der Bevölkerung wird in der Pilotphase eine App getestet. Das zentrale Element der App is die Warnung. Warnungen können in einer Karten- oder Listenansicht angezeigt werden und als Push-Meldung empfangen werden. Als Warnmedium ermöglicht sie den sogenannten Weck-Effekt. Nutzer finden zusätzliche relevante Informationen, z. B. über Unwetter oder aktuelle Pegelstände, sowie hilfreiche Handlungsempfehlungen und Notfalltipps, wie sie sich selbst und andere schützen können. Die App wird für die Betriebssysteme iOS (ab Version 6.0) und Android (ab Version 2.3) entwickelt und kostenlos zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen gibt es hier:

www.bbk.bund.de

Alle aktuellen Meldungen sind hier abrufbar und damit auch für Nutzer anderer Endgeräte verfügbar:

www.warnung.bund.de

Bevölkerungsinformation und Krisenkommunikation per App

Die Bevölkerung schnell, sicher und günstig vor regionalen Gefahren und Katastrophen warnen

GroupAlarm broadcast App

Mit dem Alarmierungssystem GroupAlarm broadcast von cubos Internet können Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wie Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste die Bevölkerung einer Region per Smartphone-App über besondere Gefahren und Katastrophen informieren. Auch Unternehmen beispielsweise der chemischen Industrie oder Kraftwerk-Betreiber können mit GroupAlarm broadcast die Bewohner in ihrer Region direkt warnen, wenn es zu einem Störfall kommt. Homeland Security sprach mit Hanno Heeskens, Geschäftsführer von cubos Internet.

Homeland: „Behörden und Organisationen versuchen, über soziale Medien eine aktive Bevölkerungsalarmierung zu betreiben. Was als Koordinationsinstrument zwischen Menschen und Organisationen untereinander z. B. während des Jahrhunderthochwassers 2013 sehr gut funktioniert hat, ist für den Einsatz als Alarmierungskanal für die Bevölkerung ungeeignet.“ Warum?

Heeskens: Ich sehe hier drei gravierende Nachteile, die jeder für sich ein echtes K.O.-Kriterium für den Einsatz als Alarmierungskanal für die Bevölkerung gelten.

Nachteil Nr. 1: Verlust der Informationshoheit

Durch die „Teilen“-Funktion können Nachrichten zwar hervorragend weiterverbreitet werden, aber die Absender können ziemlich schnell die Kontrolle über die verbreiteten Informationen verlieren, da jeder Empfänger die Nachricht, ob aus Versehen oder gewollt, verändern kann. Über

Hanno Heeskens, Geschäftsführer von cubos Internet

Effektive Prozessführung durch Videoaufzeichnung

Edwin Beerentemfel, Manager Business Development, Middle Europe

Österreichische Gerichte verwenden Axis Kameras für die Protokollierung von Verhandlungen und die Übertragung von Vernehmungen

Mittels einer Aufzeichnungslösung mit Netzwerk-Kameratechnik werden Verhandlungen schnell und unkompliziert protokolliert.

In Gerichtsverhandlungen können schon kleine Formulierungen und Formalitäten den gesamten Prozessverlauf beeinflussen und verändern. Es kommt mitunter auf jedes Wort an, das gesprochen wird. Um alle Äußerungen der Prozessbeteiligten im Nachhinein nachvollziehen zu können, ist eine Protokollierung Pflicht. In fünf Gerichten in Österreich übernimmt diese Aufgabe inzwischen kein Schriftführer mehr, sondern eine Aufzeichnungslösung mit Netzwerk-Kameratechnik von Axis Communications. Die Installation ermöglicht eine stabile und absolut sichere Video- und Tonaufzeichnung, die einfach und zuverlässig zur Protokollierung verwendet werden kann, und nur bei Bedarf transkribiert wird. Außerdem ermöglicht die Technik die Übertragung in andere Räume oder auch Live-Konferenzschaltungen, zum Beispiel für schonende Vernehmungen oder Zeugenaussagen.

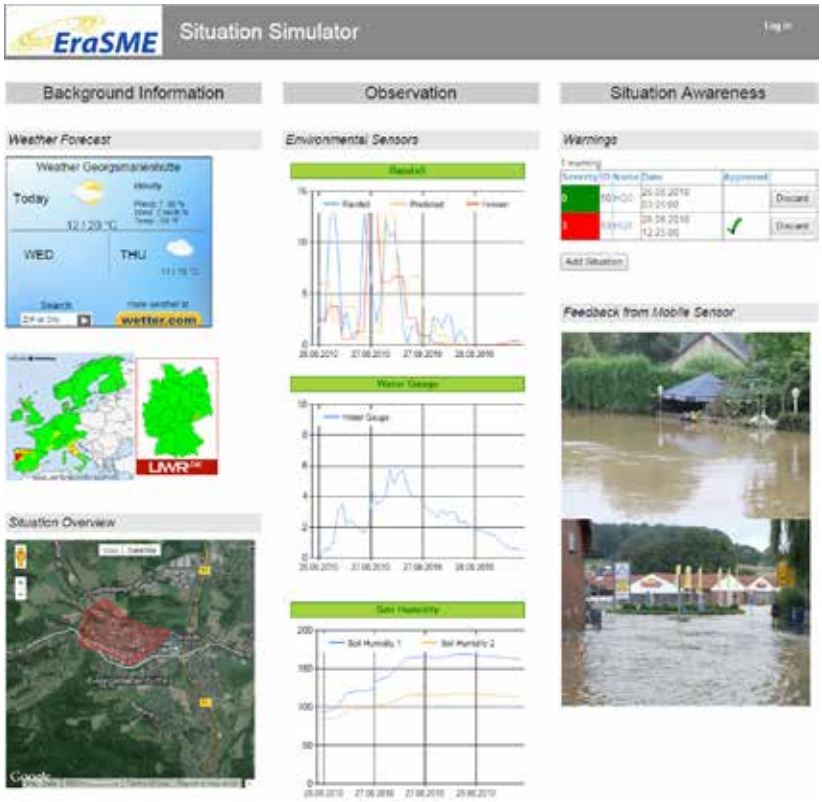
Noch vor kurzem musste während jeder Gerichtsverhandlung in Österreich ein Protokollant anwesend sein, um den gesamten Prozessverlauf zu dokumentieren. Doch die Reduzierung der Planstellen und fehlende Qualifikationen führten seit einigen Jahren zu einem Mangel an Schriftführern – obwohl die Protokollierung jeder Verhandlung vorgeschrieben ist. Deswegen suchte das österreichische Justizministerium nach einer Alternative. Statt der Schreibkräfte sollten Kameras und Mikrofone die Gerichtverhandlungen aufzeichnen, so die Idee.

Die daraus entstandene technische Lösung, eine PC-Lösung von Ce2 mit Kamerakomponenten von Axis Communications, kommt inzwischen in den Gerichten vor allem bei Kriminalfällen und

Katastrophenereignisse besser beherrschbar machen

Martina Kaster,
Dr. Bernhard Freudenthaler

Bilaterales Konsortium erforscht neuartige App-Technologie für Einsatzkräfte



Screenshot des Situation Simulators: Die Einsatzkräfte in der Leitstelle behalten stets alle aktuellen Daten und Lagen im Blick – aus den klassischen Sensordaten und den über die App übermittelten multimedialen Informationen.

Naturkatastrophen und Großschadenslagen sind nur in den wenigsten Fällen vorhersehbar und planbar; für die Einsatzkräfte vor Ort stellen sie daher immer eine immense Herausforderung mit hohen Risiken dar. Modernste Technologien wie eine gerade erforschte Multimedia-Sensor-App könnten künftig Feuerwehr und Katastrophenschutz beim zielgerichteten Handeln und einer schnelleren Entscheidungsfindung unterstützen. Das Forschungsprojekt INDYCO (Integrated Dynamic Decision Support System Component for Disaster Management Systems) unter der Koordination der Software Competence Center Hagenberg GmbH (SCCH) hat genau das zum Ziel. Das Projekt wird im Rahmen des europäischen Programms EraSME gefördert.

Unwetter, Lawinen, Überschwemmungen: Wenn Naturkatastrophen wüten, sind die menschlichen und finanziellen Schäden oft sehr hoch. Obwohl das vergangene Jahr 2014 im Vergleich zu den Vorjahren mit geringeren Schäden ausgefallen ist, kamen immer noch weltweit rund 7.700 Menschen bei Naturkatastrophen ums Leben (2013 waren es 21.000); die Gesamtschäden betrugen laut der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft 110 Milliarden Dollar[1]. 92 Prozent der schadenrelevanten Naturkatastrophen hatten Wetterereignisse als Ursache.

In Deutschland droht die größte Gefahr durch Stürme, Starkniederschläge, Hagelereignisse, Hitze- und Kältewellen sowie Blitzschlag – die wiederum Sturzfluten,

1 Pressemitteilung der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft vom 7. Januar 2015.

Zwischen den Welten

Deutsches Rotes Kreuz und Bundeswehr – eine Kombination der besonderen Art

Presse- und Informationszentrum Einsatzführungskommando der Bundeswehr

Hauptmann Claus P. bei der Arbeit (Quelle: Bundeswehr/Dennis K.)

Im Einsatz gilt es in vielerlei Hinsicht, die Verbindung zu halten. Einerseits geht es um dienstliche Aufträge, zum anderen stellt der Kontakt nach Hause einen wesentlichen Motivationsfaktor der eingesetzten Soldaten und zivilen Helfer dar. Jederzeit muss die Kommunikation funktionieren. Und Hauptmann Claus P. kümmert sich darum – als „Verbinder" zwischen den Welten bei der Humanitären Hilfe in Westafrika.

Das Deutsche Rote Kreuz und die Bundeswehr arbeiten bei der humanitären Hilfe in Westafrika eng zusammen. Dazu ist natürlich auch eine Vernetzung im Bereich der Informationstechnik erforderlich. Doch das ist nicht immer ganz leicht. Während das DRK aktuelle, aber vor allem offene IT-Ausstattungen zur Verfügung stellt, arbeitet die Bundeswehr, wie in anderen Einsätzen auch, hauptsächlich mit speziell abgesichertem IT-Material.

Diese unterschiedlichen Standards und Vorgaben stellen Hauptmann P., der in erster Linie das DRK in Monrovia unterstützt und derzeit auch die Technik der Bundeswehr betreut, häufig vor kleinere und größere Herausforderungen.

Neue Rechner müssen eingerichtet werden (Quelle: Bundeswehr/Dennis K.)

Zum Beispiel bei einer notwendigen Datenübertragung per USB-Stick, der schnellen Einbindung eines externen Laufwerks in

Einsatz von unbemannten Bodenfahrzeugen zur Rettung von Verwundeten

Dr. Bernd Brüggemann

Erfahrungen aus der Teilnahme am European Land Robotic Trial (ELROB)

Roboterplattform GARM mit modularer Nutzlast Manipulator-Arm

Unbemannte bodengebundene Systeme (UGV) sind prädestiniert dafür, Aufgaben zu übernehmen, die für Einsatzkräfte ein hohes Risiko bedeuten. Dabei können UGVs für ganz unterschiedliche Aufgaben eingesetzt werden, wie z. B. eine Lageerkundung nach einem Großschadensereignis, die Entschärfung von Sprengmitteln, aber auch bei der Rettung von Verwundeten aus gefährlichem Gebiet. Beim heutigen Stand der Technik können Roboter nicht voll-autonom handeln, sondern werden immer von einem Menschen überwacht oder gesteuert. Die o. g. Aufgaben haben gemein, dass sie in besonders stressigen Situationen durchgeführt werden müssen. Um den Operateur zu unterstützen, verfolgt das Fraunhofer Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie (FKIE) zwei Ansätze: die Erhöhung des Autonomiegrads des Roboters und die Entwicklung intelligenter Assistenzfunktionen, welche den Operateur bei der Steuerung und Entscheidungsfindung unterstützen. In diesem Artikel wird der Aufbau eines Robotersystems für die Suche und Rettung von verwundeten Personen aus gefährlichen oder

Passagierverhalten und Adaptive-Crowd-Control im Wartebereich von Flughafenterminals

Henning G. Goersch, Matthias Plaue, Günter Bärwolff, Hartmut Schwandt, Gordon Heringshausen

Forschungsprojekt „Critical Parts“

In dem durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekt *Critical Parts* (Fördernummer: 13N9781) wurde zwischen 2009 und 2011 eine integrierte systemische Prozess- und Technologielösung für Sicherheitskontrollen am Flughafen entwickelt, die den Sicherheitsprozess deutlich effizienter gestaltet. Aufgabe des sozialwissenschaftlichen Teilprojektes *Interaction, Interrelations, and Interfaces* war u. a. eine Durchflussanalyse mit dem Ziel, entschleunigende Faktoren identifizieren und so zu modifizieren, dass der Gesamtprozess weitgehend beschleunigt wird. Dabei wurden zum ersten Mal sozialwissenschaftliche und ingenieurswissenschaftliche, photogrammetrische Methoden kombiniert, um eine *Adaptive-Steering-Lösung* zu entwickeln. Dies geschah durch eine enge Zusammenarbeit der Katastrophenforschungsstelle (bis 2011: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) und der Technischen Universität Berlin.

Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte am Flughafen Münster-Osnabrück, einem der 19 Internationalen Verkehrsflughäfen in Deutschland. Er liegt in der Nähe zu den Städten Münster und Osnabrück sowie zum nördlichen Ruhrgebiet und den benachbarten Niederlanden. Das Einzugsgebiet umfasst ca. sieben Millionen Menschen. Die Terminalkapazität umfasste im Jahr 2011 rund 2,5 Millionen Passagiere. Es existieren 40 Check-In Schalter sowie 20 Gates. Der Aufbau der Kontrollanlagen am Flughafen Münster-Osnabrück entspricht den Aufbauten an anderen deutschen Verkehrsflughäfen. Eine Übertragbarkeit der Ergebnisse ist somit gegeben.

Insgesamt wurden 11 Stunden und 15 Minuten Videomaterial aufgenommen und sowohl sozialwissenschaftlich als auch mit Hilfe photogrammetrischer Positionsbestimmung ausgewertet. Zur Aufnahme des Videomaterials wurde eine Kamera in einer Höhe von vier Metern senkrecht zum Boden angebracht. Der Aufbau wird mit nachfolgenden Bildern dokumentiert:

Befestigung der Kamera mit Saugstativ und Sicherung.

HOMELAND SECURITY
NATIONALE SICHERHEIT UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

ABONNEMENT

Abonnieren Sie unser Fachmagazin als **ePaper**

- Einzelausgabe 8,50 EURO
- Abo (4 Ausgaben pro Jahr) 31,00 EURO

Kontaktieren Sie uns unter folgender Adresse:

abonnement@homeland-sec.de

Impressum

Herausgeberin: Dr. Nadine Seumenicht
Chefredakteurin: Dr. Nadine Seumenicht

Beirat
Vernetzte Sicherheit: Harald Kujat, General a. D.
Vernetzter Einsatz: Dr.-Ing. Andreas Groth; Ralph D. Thiele, Oberst a. D.

Internationales Redaktionsteam
Ressort Vernetzte Sicherheit: Dr. Stefan Queisser, Fregattenkapitän d. R.; Michael Hartung, Oberleutnant d. R.
Ressort Zivil-Militärische Zusammenarbeit: Michael Zacher, Oberstleutnant d. R.
Ressort Innere Sicherheit: Niels Czajor, Dipl.-Verw-Wiss.; Major d. R., Polizeifreiwilliger des Landes Baden-Württemberg
Ressort IT-Security: Georg Wenner, EDS-CSO Germ. Gov. a. D.; Jim Litchko, CISSP-ISSEP, MBCI, MAS
Ressort Robotics Unstructured Environments: Prof. Dr.-Ing./Univ. Tokio Thomas Bock
Ressort Internationale Kriminalwissenschaften: Robert F. J. Harnischmacher
Ressort Ausbildung und Training für die Sicherheit in der Wirtschaft: Klaus-Dieter Jörn; Robert F. J. Harnischmacher
Ressort Canada: Prof. Dr. Darryl Plecas
Ressort China: Prof. Dr. Gu Minkang
Ressort Japan, Korea: Prof. Dr. Minoru Yokoyama; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Haruo Nishihara; Prof. Dr.-Ing./Univ. Tokio Thomas Bock
Ressort Mexiko: Walter M. McKay, M.A.
Ressort Norwegen: Superintendent Prof. Rune Glomseth; Prof. Dr. Petter Gottschalk
Ressort Österreich: Hofrat Mag. Maximilian Edelbacher
Ressort Polen: Prof. Dr. Dr. h.c. Brunon Holyst
Ressort Südafrika: Prof. Dr. Cornelis Roelofse
Ressort USA: Prof. Dr. Dilip K. Das; Prof. Dr. Otwin Marenin; Prof. Dr. Linda Keena
Hauptstadtbüro Berlin: Heike Barnitzke
Ressort Geschichte: M. A. Volker Hollmann
Ressort Politik: Dipl. Verw. Joachim Zacher
Ressort Wissenschaft: Prof. Dr.-Ing. Michael Gerke; Dr. Nadine Seumenicht

Design und Layout: Larissa Seumenicht

Verlag:
HOMELAND SECURITY UG
(haftungsbeschränkt)
Deilinghofer Straße 2, D-58675 Hemer
Tel.: 02372-9 35 26 10
Fax: 02372-9 35 26 19
redaktion@homeland-sec.de
www.homeland-sec.de

Einzelbezugspreis:
10,- EURO (inkl. Versand in D)

Jahresabonnement:
36,- EURO (4 Ausgaben inkl. Versand in D)
Der Aktion Deutschland Hilft e. V. kommt pro Abo 1,- EURO zugute.

Auflage:
16.000 Exemplare
ISSN 1614-3523 (Print)
ISSN 2194-4849 (Online)

Bildnachweis:
Titelbild: Bundespolizei

Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften, Axis Communications, Berufsfeuerwehr München, Bosch Sicherheitssysteme, Bundespolizei, Bundeswehr/Dennis K., CONDOR Schutz- und Sicherheitsdienst, cubos Internet, EUROFORUM Deutschland SE, Europäisches Parlament, 2015, Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie (FKIE), GdP, Getac, Innominate Security Technologies, Mesago Messe Frankfurt, Milipol, Science Media Partners (connect:ID), Securitas Holding, Software Competence Center Hagenberg, VOMATEC International, Wibu-Systems, WSO Sicherheitsdienst

Wir übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse genannten Internetseiten. Dies gilt auch für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner weiterführen. Die Gastbeiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.